

Die „Weltwacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntagen und ist durch die
Expedition, Neue Postenstraße 5/6,
durch die Post und
durch Colportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Verlagsgesellschaft Nr. 7547

Weltwacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Bezugsbedingungen
Bestellt für die vierteljährliche
Beilage oder den Hauptteil
20 Pfennige, für den Rest des
Bezugsjahres 10 Pfennige.
Separate für die vierteljährlichen
Beilagen bis zum 1. März in der
Expedition abzugeben werden.

Nr. 55.

Montag, den 7. März 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Vor fünfzig Jahren.

Als die Nachricht vom Sturze des Bürgerkönigthums in Paris und der Proklamirung der französischen Republik nach Deutschland gelangte, da machte sie überall einen gewaltigen Eindruck. Das Volk jubelte, namentlich die Jugend und die intelligenten Arbeiter; die Fürsten begannen für ihre Throne und Kronen zu zittern, die Diplomaten, die „großen Staatsmänner“ verloren die Köpfe; die Börse wurde nervös und die Kurse wichen. Als die Finanzleute jedoch hörten, daß der Pariser Reichthum der Republik seinen Credit angeboten, beruhigten sie sich schnell wieder. Um so größer wurde die Angst derer, die um ihre Krone hängten und die Revolution vom Volke für dessen Seiten zu fürchten hatten; ein Königreich stellt sich nicht in den Dienst einer verlorenen Sache und eine siegreiche und dauerhafte französische Republik ließ die deutschen Nachbarn Alles fürchten. Suchte man doch auch in der That dem deutschen Volke, um es gegen die französische Revolution einzuschützen, weiß zu machen, daß die Franzosen demnächst in Deutschland einfallen würden und bloß deswegen ihre Revolution gemacht hätten.

Das half ihnen freilich nichts; auch das deutsche Volk wurde vom Revolutionsfieber ergriffen, das natürlich einen geeigneten Nährboden vorfand. Gehört hatte es seit den dreißiger Jahren schon allenthalben in Deutschland.

Die süddeutschen Staaten machten ihre „Revolutionen“, die übrigens meistens ziemlich harmlos verliefen, zuerst. Die Nachrichten von den Vorgängen in Paris trafen am 26. Februar ein. In Mannheim trat sofort am nächsten Tage eine große Bürger-Versammlung zusammen, die eine von Gustav Struve verfaßte Adresse an die Kammer annahm. Darin wurde gefordert:

1. Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere.
2. Unbedingte Pressefreiheit.
3. Schwurgerichte nach dem Vorbilde Englands.
4. Sofortige Herstellung des deutschen Parlaments.

In Karlsruhe waren am 1. März große Menschenansammlungen, die aus der Umgegend herbeigekommen waren und die Republik hochleben ließen. Aus dem Lande kamen Petitionen über Petitionen, sogen. „Sturmpetitionen“. Der Großherzog entließ einige verhasste Minister, legte sich dafür „Märzminister“ zu und nachdem am 5. März die Regierung die Erklärung abgegeben hatte, sie werde Gesetzesentwürfe im Sinne der inzwischen nach den Volkswünschen gefaßten Kammerbeschlüsse vorlegen, war „das Volk“ befriedigt und die badiische Revolution zu Ende.

In Stuttgart war am 2. März eine große Bürger-Versammlung, Militär wurde in der Stadt zusammengezogen, es kam aber zu keinem Zusammenstoße. Der König erließ eine Verordnung, durch die die seit 1819 bestehende Censur abgeschafft und das Gesetz über die Pressefreiheit vom 30. Januar 1817 wieder hergestellt wurde, zugleich ließ er aber ein Manifest in den Kirchen verlesen, wodurch er sein „treues Volk“ zum Vertrauen auf die göttliche Vorsehung und zur Treue gegen die Regierung und die Verfassung ermahnte. Einige unlieb-same Minister wurden entlassen und 3 „Märzminister“ an ihrer Statt berufen.

In Bayern hatte sich kaum der Sturm etwas gelegt, der zur Verjagung der berüchtigten spanischen Tänzerin Lola Montes, der Maitresse Ludwigs I. geführt hatte, da gerieten die großen Städte auf die Pariser Nachrichten hin wieder in

lebhafte Bewegung. In Nürnberg und München waren am 2. und 3. März große Bürger-Versammlungen, die Adressen an den König richteten mit den bekanntesten Forderungen; auch die Abdankung des „Solaministers“ Verks wurde gefordert. In München bewaffnete sich das Volk. Im Ministerium des Innern wurden die Fenster eingeworfen, auch in anderen öffentlichen Gebäuden. Die Straßen werden mit Wagen und Bierfassern gesperrt. Das aufmarschirte Militär bleibt ruhig, Verks entflieht. Das war am 2. März. Am 4. März auf Grund eines Gerichts über Einrichtung einer Militärdictatur bewaffnet sich das Volk abermals mit allen möglichen alterthümlichen, aus dem Zeughaufe geholten Waffen; Barricaden werden gebaut. Zu einem Zusammenstoß mit dem Militär kommt es nicht. Der König verspricht, den Landtag auf den 16. März einzuberufen, den er Anfangs erst für den 31. März einzuberufen wollte. Aus dem Lande kommen Petitionen über Petitionen. Am 8. März abermals Volksbewaffnung. Am 20. März dankte Ludwig I. ab zu Gunsten seines Sohnes Maximilian II. und sang „seinem Volke“ zum Abschiede ein schauerlich-wehmüthiges Lied. Es wurde ein halbes „Märzministerium“ berufen und Pressefreiheit gegeben, Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, Ministerverantwortlichkeit, die Feudallasten aufgehoben und dergleichen. Damit war die Revolution beendet.

In Mainz (Hessen-Darmstadt) wurde am 2. März bereits in der Kammer über die Bürgeradresse mit den bekannten Forderungen verhandelt. Man verlangte in der Kammer Beseitigung des bureaukratischen Systems, das Volk drängte sehr energisch und der Großherzog gab nach, indem er den liberalen Führer Heinrich von Gagern als Minister berief.

In Genua (Kurfürstentum) waren 6000 Bewaffnete und ungeheure Menschenmengen umdrängten das kurfürstliche Schloß in Kassel, woselbst man Barricaden zu bauen begann. Der „große Staatsmann“ Schaeffer, Minister des Innern, floh vor dem Volkszorn über die Grenze. Das Militär war aufmarschirt, die Offiziere verhielten sich aber klug und in letzter Stunde gab der Großherzog dem immer energischer werdenden Drängen des bewaffneten Volkes nach und versprach Erfüllung der gestellten Forderungen, so daß es ohne Blutvergießen abging.

In Wiesbaden (Hessen-Rhessau) waren am 4. März gegen 30,000 Bewaffnete anwesend, theils Bürger der Stadt, die sich die Waffen aus dem Zeughaufe geholt hatten, theils Bauern, die bewaffnet aus dem Westerwald herangezogen waren. Außer den bekannten Forderungen verlangten sie vom Herzoge auch die Herausgabe der eskamotirten Staatsdomänen. Das Militär verhielt sich ruhig und der Herzog versprach alles. Die Bauern bedangen sich aus, daß sie so lange keine Steuern bezahlen würden, bis die Versprechungen auch erfüllt seien.

So ging es in allen den kleinen deutschen Vaterländern; auch der souveräne Herr Heinrich LXXII. von Ruß, Greiz, Schleiz, Lobenstein, Ebersbach und Kranichfeld fiel von seinem Throne.

Eine sehr bedrohliche Haltung nahmen Anfangs die süddeutschen Bauern ein und fast schien es, als sollte ein neuer Bauernkrieg ausbrechen. Im Odenwalde und im Taubergrunde roiterten sie sich zusammen, überfielen die Schlösser der adeligen Herren und verbrannten die Feudal-Urkunden, so daß die Grundherren meinten, die Bauern hätten alles niedergebrannt und es sollte nun ihnen ans Leben gehen. Auch im

Weinsberger Thale im Hohenloheschen machten sie es nicht besser. Das Hohenlohesche Schloß Niederstetten brannte auch wirklich mit ab. Das letzte die adeligen Herren so in Schrecken, daß sie vielfach freiwillig auf die Feudalrechte und die sonstigen Lehnsrechte verzichteten. Durch die officielle Aufhebung der Feudallasten ließen sich die Bauern wieder beruhigen und der gefürchtete Sturm ging vorüber.

Auch die Bauern in den thüringischen Kleinstaaten, deren Vorfahren einst einem Thomas Münzer gefolgt waren, wurden rebellisch. Sie brangen in die Städte, verbanden sich mit den Bürgern und halfen deren „Märzminister“ und liberale Forderungen durchsetzen.

Um die Mitte März war in den deutschen Kleinstaaten die Revolution allenthalben vollendet und das Bürgerthum überall Sieger, meist mit Hilfe der Arbeiter, von deren eigenen Klassenforderungen damals freilich noch nicht viel die Rede war.

Centrum und Flottenvorlage.

Die gegenwärtige Situation wird in der Sonntagsnummer unseres Centralorgans folgendermaßen geschildert: Vom „Griff der Situation“ sprach Dr. Lieber. Wir glauben auch heute nicht an diesen Griff. Was hat die Verhandlung zwischen Centrum und Regierung eher den Anschein einer Posse, einer recht niedrigen Posse.

Wohl schienen die Centrumsführer im letzten Augenblick einen gelinden Schreck bekommen zu haben, da sie sahen, wie reichend schnell ihre Handelspolitik sie bergab geführt hat. In den Reihen ihres eigenen Gefolges machte sich in den letzten Tagen viel Unmuth bemerkbar. Dazu die Furcht, der Socialdemokratie eine vortreffliche Waffe für den Wahlkampf in die Hand zu geben. So stützen sie jetzt ein wenig und Herr Lieber trumpft auf: Mit dieser Frage steht und fällt die Vorlage!

Mit einem Male dieser Muth in der Centrumsbrust! Eben hat man das Statutrecht des Reichstages, welches für das deutsche Volk den größten Werth zur Abwehr reactionärer Pläne aller Art in sich schloß, preisgegeben und jetzt bei einer viel geringeren Frage plötzlich diese „mannhafte Opposition“! Höchst sonderbar.

All diese Sonderbarkeit erklärt sich schließlich doch einfach genug. Das Centrum will den Anschein wahren, als habe es wader gestritten gegen übermäßige Forderungen der Regierung, als sei es eine wahre, ehrliche Partei der Volksinteressen. Und diesen Anschein sucht es zu erwecken, indem es Sorge tragen will, daß die Schiffsvermehrung nicht wiederum die Unbemittelten mit den Kosten befaßt.

Wahrlich ein recht billiges Vergnügen! Die Regierung sträubt sich sehr gegen den Lieber'schen Antrag und hierdurch gewinnt die Centrumsposse noch mehr den Schein eines ehrlichen Kampfes. Aber die Regierung sträubt sich weniger, weil die starken Schultern ernstlich belastet werden sollen, sondern weil sie annehmen darf, daß neue Steuern überhaupt nicht nöthig sein werden und daß es allerdings ganz merkwürdig sein würde, um dieses Nichts willen eine tief einschneidende Aenderung der bisherigen Principien des Steuerwesens anzuerkennen.

Demn man vergesse nicht: der Centrumsantrag handelt überhaupt nicht an den Kosten, welche das neue Flottengesetz über den bisherigen Etat hinaus erfordert, sondern lediglich an den Kosten, die auch durch das Wachsen der Steuer- und Zölle nicht mehr gedeckt werden können, d. h. der Cen-

Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von A. C. Braadvogel.

(Nachdruck verboten.)

Die wahrhaft väterliche Liebe, welche der Herzog zu seiner Akademie hegte, die ganz ungewöhnliche Vertraulichkeit, welche er besonders seinen Lieblingen gestattete, ließ die jungen Leute zwischen Groll und Dankbarkeit, Zutrauen und Argwohn, Ehrgeiz, ihm zu gefallen, und Lust, ihm ihren Tyrannenhaß an den Tag zu legen, schwanken.

Unter seine erklärten Lieblinge gehörten nun der stille, fleißige Peterfen, der tolle, vielbestraute, voll Schwärme und ritterlicher Waghalsigkeit stehende Graf Nassau (der „Allmächtige“), aber vor Allen Schiller. Dochte Karl Eugen ihn von früher her schon lieben, ihm der schwärmerische Feuerreifer des talentvollen Knaben, des Lieblings der Professoren Haug, Abel und Haller, gefallen, oder aus seinen Arbeiten, der Auffassung der Themat, welche der Herzog den Eleven oft selbst stellte, den Akademiereden, welche Schiller an den Stiftungs- und Festtagen halten mußte, Außerordentliches von ihm erwarteten, — er widmete Schiller ganz besondere Aufmerksamkeit. „Laßt mir den da nur machen!“ hatte er schon im ersten Jahre gesagt, und so war der junge Mann eine persona grata geworden. Das hätte ihm leicht den Neid seiner Kollegen zuziehen können, hätte Friedrich nicht unter den Freundschaftswärmern, die mit ihrem Geiste die Schaar durchdrangen, vorangehender Führer gewesen. Flammender Verehrer Schubart's, Rousseau's und Plutarch's, der heimlich den „verlorenen Sohn“ schrieb, das große Libell gegen die Knechtung der menschlichen Freiheit, der das „in tyrannos“ auf seine Fahne geschrieben, wäre schon durch die tiefe, glühende Gewalt der Idealität Meister aller jugendlich träumerischen Herzen geworden, hätte nicht seine Lebenswürdigkeit und des phantasti-

schen Bundes gleiche Bestimmung, die Freundschaft zwischen ihm, Scharfenstein, den Hovens, Nassau, Peterfen, Wederlin, Haug junior ihm Anhänger erworben. In nächstlicher Stille, im Flüsterwort las er seinen Vertrauten die einzelnen Scenen des verlorenen Sohnes, in welchen die Namen und Charaktere seiner Kollegen Moor, Schweizer und Koller, der Corporale Spiegelberg und Nagmann wiederklangen. Der dämonische Geist des Franz trieb ihnen das Blut aus den Wangen, Karl Moor's gewaltige Leidenschaft wie Amalia's Lieblichkeit entzündeten ihre Herzen. Die wilde Kühnheit, mit der Schiller das Unmöglichste, noch nie Gehörte zu sagen wagte, als habe er an jedes Wort den Kopf gesetzt, — das war der Magnet, der sie Alle, Alle an diesen Hagern, taubenängigen, blaffen Jüngling mit Jugenindrunz leitete. Die Gefährlichkeit der Dichtung, die in heimlichen Stunden rückweise sich gebart, machte diesen Bund um so enger. Im Hinblick auf Schubart sahen sie in Schiller schon den ihnen Märtyrer, und drängten sich um die Gunst, sein Genosse zu sein.

Eine neue erschütternde Begebenheit bewegte Aller Herzen. Obrist Ferdinand von Pfeil hatte den Infamationen seines Vaters, Melanie von Königssee-Wimpfen zu heirathen, heftigsten Widerstand entgegengesetzt, und der Präsident war hinter sein Verhältniß mit Louisen, des Stadtpfeters Tochter, gekommen. Wühende Kämpfe zwischen Vater und Sohn, in denen Ferdinand, auf die Affaire mit Montmartin und Repe deutend, gerobrt: „er werde der Welt erzählen, wie man Präsident wird“ — waren vorgefallen. Der Alte mit Melanie aber hatten beide jungen Leute, um sie zu trennen, in ein solches Gewebe von Intriguen verwickelt, daß Beide zu Herben beschloffen. Sie nahmen vergiftete Limonade! — Die Trauerkunde kam Schiller durch Haug's Schwäbisches Magazin zu, — der Stoff zu Rabale und Liebe. Dieser tragische Fall erregte ungeheures Aufsehen. Karl Eugen befaßt Untersuchung. So sehr Pfeil's Umgebung auch die Ursache des Unglücks

benämte, der Präsident war von alter Zeit her noch zu sehr gehaft. Es gingen zu seltsame Gerüchte um, und Pfeil bat lieber um seine Entlassung. Er erhielt sie. An seine Stelle kam endlich ein Ehrenmann, der Kammerrath von Scienstädt, welchen einst Montmartin entlassen. Durch seine Treue wurde der letzte Rest des Erbverleugers erfüllt, die Reorganisation des verwilderten Kammerewesens. Pfeil war froh, daß Alles noch so gnädig abging. Er verzehrte auf seinem Gute Sassenhausen die Zinsen seines ererbten Vermögens, und kam den Leuten aus dem Gesicht — leider nicht auf lange.

Gewöhnlich pflegte der Herzog mit Franziska in einem Pavillon, der „Tempel“ genannt, zu essen, welcher an den großen Speisesaal der Akademie stieß und durch eine Gallerie mit der Residenz in Verbindung stand. Vorher besichtigte er stets im Rangirsaal die Eleven und diciterte Belohnungen oder Strafen. Letzteres besonders erwartete man heut wieder. — Der „Allmächtige“ hatte nämlich Schnurstaab und Tabakspfeifen eingeschmuggelt, und dem Oberaufseher Rief — horribile dictu, eine Zwiebel an's Portaeufer gebunden. Sein Sündenregister war bereits so angewachsen, daß man nicht mehr wußte, welches Mittel man noch bei ihm anwenden sollte.

Es giebt eine Unverschämtheit der Jugend, die von Lebenswürdigkeit gesüßt wird. Aber diesmal mußte an Nassau ein ordentlich Exempel statirt werden!

Serenissimus trat, Franziska am Arm, in den Rangirsaal. Starr waren die glühenden Blide der jungen Leute auf die schöne Gräfin geheftet. In ihrem Anschauen vergaßen sie, welches Gericht über einen ihrer Genossen ergehen sollte.

Nassau, sein Billet, das Register seiner Sünden, in der Hand, stand steif und trotzig da.

„Was ist heut' vorgefallen?“ fragte der Herzog. „Durchlaucht zu vermelden,“ und Rief griff an den Gut, „der Nassau hat abermals einen Zettel!“

antrag beschäftigt sich — im vollen Gegensatz zu dem social-demokratischen Antrag — mit Kosten, die möglicherweise, ja wahrscheinlich überhaupt nicht entstehen werden.

Und dazu kommt, daß Herr Dr. Lieber sich auch schon bereit erklärt hat, auch über den Antrag Bemerkungen, die noch matter als der Lieber'sche, mit seinen Freunden „in Erwägungen zu treten“.

Nach alledem zweifeln wir nicht: das Centrum wird seine Subcommission bis zu Ende erfüllen!

Die Arbeit der Reichstagscommissionen

nähert sich ihrem Ende. Abgeschlossen haben ihre Beratungen die Commission für die Militärstrafprozessreform, die Commission für die Dampfsubvention und für einen großen Theil ihrer Aufgaben die sogenannte Justizcommission. Beinahe fertig ist die Commission für die lex Heine und auch der Budgetcommission bleibt nicht mehr viel zu thun übrig, wenn die schließliche Fassung der Flottenvorlage und die Prüfung des diesjährigen Marinebudgets auch noch einige lange Sitzungen kosten wird.

Nach alledem zweifeln wir nicht: das Centrum wird seine Subcommission bis zu Ende erfüllen!

Ueberblickt man die gesammte Thätigkeit dieser Commissionen, so ist das Resultat wenig erfreulich. Es ist nicht gelungen, eine wirkliche Reform des Militärstrafprozesses durchzuführen. Einige kleine, unbedeutende Verbesserungen sind an der Regierungsvorlage vorgenommen worden, in aller entscheidenden Punkten aber ist es beim Alten geblieben.

Die Commission für die Dampfsubvention hat die Regierungsvorlage ziemlich unbeeinträchtigt unter Dach und Fach gebracht. In den Verhandlungen trat aber deutlich hervor, daß wirkliche Begeisterung für die staatliche Beihilfe an den Norddeutschen Fluß nur in den Kreisen der Interessenten zu treffen ist.

Das wird mir denn doch zu viel! — fuhr Karl auf. „Was macht Er denn wieder?“

Raffan reichte ihm immer sein Billet hin.

Der Herrgott über's Land es. Sein Gesicht ward finster. Er lag sich auf die Lippen. „Bedienen Er nicht nach allen diesen verdamnten Schwätzen, Red', daß ich Ihn die Unstimm ausziehen laß' und Ihn cum infamia von der Akademie jag'!“

Ein jäher Schreck, ein ängstlich Gemurrel ließ durch die Reihen.

„Nein, Herrgottliche Durchlaucht, das verbieth' ich nicht! — fuhr Raffan sichbewegend. „Ein Bauer kann seine wilden Kinder, aber verbieth' nicht! Ich habe schon gelernt, Semmelmann, und ein Kaiser cum infamia ist nur mit einer Kugel im Hirn denkbar!“

„Das ist mir ein Schelmam gesprochen, Graf,“ jagt Raffan's Frau. „Herrgottliche Durchlaucht bleibt auch in seiner Straße noch vornehmlich. Aber umedel ist's, am sein großes Herr in Nebel zu thun!“

„Das der Herr's, Jungel! Je länger die Schlingel werden, desto angeleglicher. Sag' Er mir, zum Himmel, was wird' Er denn thun, Raffan, wenn er an meiner Stelle wäre?“

„Ach, Herrgottliche Gnade! — Darf' ich's sagen?“

„Nein, was denn?“

„Da trat Raffan hastig vor, gab der Gräfin von Föggenheim einen schallenden Kuß, und sie an dem Arm nehmend, hielt er mit lächelnder Besinnung gegen den Herrgott: „Kommen, Schlingel, laß' den Herr's Jungel sitzen!“

„Was mir gelohnt vor Götter.“

„Schon hat der Herrgott gesagt vor. Aber ich bin nur Raffan's freundlicher Götter's geistlicher und erweiterter Kopf Schlingel.“

Welches Spiel das Centrum in der Budgetcommission mit der Flottenvorlage treibt, ist allseitig bekannt. Herr Lieber hat Casparius angezogen und ist der Vortrager im Flottenmünz-Corpsen beider er und seine Partei dafür bei den Wahlen den Rücken. Die Wahlen werden auch hinter die gesammte Commission'sarbeit, hinter die Peramensitätigkeit der bürgerlichen Parteien überhaupt ein „ungenügend“ schreiben.

Die Nationalsocialen entpuppen sich immer deutlicher als ausgesprochene Reactionäre, die ihre geheuchelte Arbeiterfreundlichkeit nur als Mittel benutzen, sich an die Arbeiter heranzuschlagen, um sie der Socialdemokratie abwendig zu machen und sie in's reactionäre Lager hinüber zu locken, wo man für Flottenpolitik und sonstige schöne Dinge schwärmt. Wer noch daran zweifelte, der kann sich belehren aus einem Briefe, den der Rechtsanwalt Martin, der in Leipzig-Land als nationalsocialer Candidat aufgestellt ist, an die „Leipz. Anst. Nachr.“ geschrieben hat. Dort heißt es: „Die Aufstellung einer nationalsocialen Candidatur in Leipzig-Land soll keine Zersplitterung der Ordnungsparteien im Kampfe gegen die Socialdemokratie und eventuell für die Flottenvorlage zur Folge haben. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1893 wurden in Leipzig-Land 33,349 socialdemokratische und 18,914 Stimmen der Ordnungsparteien abgegeben. Nach diesem Resultat darf man wohl annehmen, daß weder die Nationalliberalen noch die Reformpartei irgend welche Hoffnung haben, den 13. Wahlkreis bei der bevorstehenden Wahl zu erobern. Wenn wir recht unterrichtet sind, ist auch von diesen Parteien höchstens eine Jähcandidatur in Aussicht genommen. Wir Nationalsocialen glauben dagegen bessere Chancen zu haben; denn bei der Reichswahl 1897 im Kreise Plön-Oldenburg haben wir den Socialdemokraten reichlich 500 Stimmen, ein Sechstel ihres Bestandes bei der 93er Wahl, abgenommen. Wir rechnen darum darauf, daß uns die Ordnungsparteien in Leipzig-Land keinen Candidaten entgegenstellen werden. In dieser Erwartung und um eine Zersplitterung zu vermeiden, haben wir unsererseits beschlossen, in Leipzig-Land zunächst von einer eigenen Candidatur abzusehen.“

Die Nationalsocialen werfen sich also den „Ordnungsparteien“ schlechthin in die Arme und wollen ihnen als Sturmbock gegen die Socialdemokratie dienen! Daß es so kommen würde, haben wir immer ja schon verahndet. Heute giebt's nur ein Entweder — Oder: Man will wirklich die Arbeiterinteressen fördern und dann kommt man notwendig zur Socialdemokratie oder man fällt in den alten reactionären Ordnungsbreij zurück. Die Nationalsocialen erhebt das letztere Verhängniß, weil sie nicht den Muth der Consequenz hatten. Uebrigens werden die Wähler von Leipzig-Land die aus der Plön-Oldenburger Reichswahl geschöpften hochgekauften Hoffnungen der Nationalsocialen gründlich dämpfen.

Eine neue Liebesgabe, wenn auch nur 400 bis 500,000 RM., soll den Brauntweinbrennern bei Gelegenheit der jetzt im Reichstage vorliegenden Novelle zum Brauntweinsteuergesetz in den Schoß geworfen werden. Der Bundesrath hat in Folge agrarischer Anregung in der Commission beschlossen, auf jene 15 Prozent, welche die Einzelstaaten sonst von den Brauntweinbrennern als Entschädigung für die Erhebung und Vertheilung abziehen, bei den Erträgen der Brennsteuer zu verzichten. Die „Brauntweiner“ ist bekanntlich 1895 angefaßt worden zu dem Zweck, Ausfuhrprämien zu gewähren und die Verwendung des denaturirten Spiritus zu prämissen. Die für solche Prämien bestimmte Summe von etwa 3 Millionen Mark ergiebt sich dadurch um 400—500,000 RM.

Das sächsische Vereinsgesetz. Die Gesetzgebungs-deputation der zweiten Kammer berathet am 6. März über die Vereinsgesetzvorlage. Beibehalten wurde der Ausschluss der Arbeitervereine und der Frauen. Die Anwesenheit Minderjähriger von Frauen in der Vereinsverwaltung soll jedoch kein Hinderniß sein. Uebertretungen des Vereinsgesetzes können mit bis zu 150 Mark Geldstrafe event. 6 Wochen Haft bestraft werden. Die Nationalliberalen stehen auf dem Standpunkt der Regierungsvorlage und die Conservativen sind geneigt, bei ihren Forderungen zu beharren und die Regierungsvorlage abzulehnen.

Das „nuzieren“ Colonieren. Die „berühmte“ Colonie Deutsch-Südwestafrika, in der nach Major von Zeuzner früher Reichscolonia hieß, „dann man sie nur erst findet“, macht sich wieder am durch ihre Lande kühnen, welche die Schutzverträge mit den Eingeborenen-Stämmen zu bestehen hat, vor sich haben. Das nuzieren heißt die „Sola. Jig.“

„Aber den dem Sohn dem berühmten Generalen ist ein ein Dammhauer vornehmend nuzieren wieder ausgebrochen, das ihm eine Rede über gegeben hat. Die im Norden des Schutzgebietes an der portugiesischen Grenze ausgebrochenen Unruhen machen der Schutzverträge und zu hoffen, da die Regier über 10,000 gepanzerte Generale und für den Anfang geeignete Mannschaften verfügen. Der Landeshaupmann hat telegraphisch Unterstützung von Deutschland verlangt, 150 Mann und mehrere Flugmaschinen. Inzwischen sind aus Algerien 300 Pferde verschifft worden. Zur Unterstützung des Aufstandes wird portugiesische Generale insofern an Hilfe, als in Folge der Unruhen die Niederlande herbeigekommen. Die Regier ist die Möglichkeit gewonnen zu, daß weitere Mannschaften zu verschifft. Dennoch soll man die Grenze nicht verlassen, die Eingeborenen sind unzufrieden, sie haben keine Regel im Sinne mit der Wache treffen und keine Patrouillen verschifft. In Genußstand befindet man einen Ueberfall und hat Genuß an die Bürger verschifft.“

Ausland.

Österreich. Die neuen Sprachverordnungen in Oesterreich sind nunmehr veröffentlicht worden. Es sind gleichmäßig die bisherigen Sprachverordnungen vom 2. und 22. April vorigen Jahres außer Kraft gesetzt worden. Die neuen Bestimmungen werden ausschließlich „nationalistisch“ geäußert. Die Verordnungen sind „nationalistisch“ geäußert. Die Verordnungen für die Schulen sind unter Aufsicht des Unterrichts, daß jeder Schüler bei allen in der Unterrichtsverwaltung geäußert werden.

sein Recht in einer der beiden Landessprachen suchen und finden kann, im Wesentlichen folgendes: Amts- und Dienstsprache der Behörde ist jene Landessprache, zu welcher Umgangssprache sich die anwesende Bevölkerung ihres Amtsbezirks nach dem Ergebnis der jeweiligen Volkszählung bekennt. In sprachlich gemischten Amtsbezirken haben beide Landessprachen gleichmäßig Anwendung zu finden. Bezüglich der Eintragung in die öffentlichen Bücher wurde die Anordnung getroffen, daß in dem Falle, als die Sprache der mündlich oder schriftlich Ansuchen mit der Amtssprache der die Eintragung vollziehenden Behörde in einsprachigen Amtsbezirken nicht übereinstimmt, der Eintragung eine Uebersetzung in die Amtssprache beizufügen ist. Für Böhmen und Mähren gemeinsam sind die Bestimmungen hinsichtlich der sprachlichen Qualifikation der Beamten, wonach die Behörden unter genauer Beobachtung der grundsätzlichen Bestimmungen der in bestehenden Verordnungen gehalten sind, die Besetzung der einzelnen Dienststellen lediglich nach Maßgabe des thätigkeitsbedürfnisses vorzunehmen. Jeder wird die sprachlichen Kenntnisse besitzen müssen, welche der Dienst bei der Behörde sein Verwendungsbezirks erfordert. In Böhmen wird hiernach schon bei den Concursausreibungen vorzugehen sein.

Nach dieser Verordnung werden viele Gerichtsbezirke deutsch betrachtet, welche die Tschechen als gemischtsprachig reclamieren, weil in einzelnen Orten dieser Bezirke tschechische Colonisten ansässig sind. Wesentlich ist, daß durch die neue Verordnung die böhmische Landeshauptstadt Prag, welche die Tschechen zu einer rein tschechischen Stadt machen wollen, als sprachlich gemischter Amtsbezirk bezeichnet ist. Demgemäß muß das Stadtverordneten-Collegium und der Magistrat deutsch und tschechisch amtieren und alle Magistrats-Erlasse müssen in beiden Sprachen veröffentlicht werden. Auch muß der Magistrat wieder deutsche und tschechische Straßentafeln anbringen lassen.

Griechenland. Das Attentat gegen den König Georg soll die Folgen haben, welche allemal derartige unglückliche Thaten zu haben pflegen. Es wird der „Intern. Correisp.“ hierüber aus Athen gemeldet: „Die Polizeiverwaltung in Athen und in Piräus soll eine gänzliche Umgestaltung erfahren und jedem Einflusse der Gemeindebehörden entzogen werden, indem man besonders alle zweifelhaften Elemente aus der Polizei ausschließen wird. Sodann sind Veränderungen in der Regierung wahrscheinlich; oder es tritt das ganze Cabinet zurück, um einem Beamtenministerium, welches die Neuwahlen zur Abgeordnetenkammer leiten soll, Platz zu machen. Der König wird voraussichtlich einen Aufruf erlassen, worin er zur Wahl unabhängiger, nicht durch engparteiischer gebundener Männer auffordert. Der neuen Kammer sollen Anträge betreffs Abänderung der Verfassung vorgelegt werden, welche eine Einschränkung der Pressefreiheit und der politischen Rechte der Militärpersonen bezwecken.“

Dänemark. Gegen einen alten militärischen Barbarismus trat im dänischen Folkething der Abgeordnete Zahl auf. Er interpellirte wegen der grausamen Behandlung der dänischen Soldaten auf den westindischen Inseln. Es werden dort nur angeworbene Soldaten verwendet. Dieselben haben eine Dienstzeit von 6 Jahren und sind dann gewöhnlich körperlich und geistig so heruntergekommen, daß sie für den Rest ihres Lebens zu keiner Arbeit mehr fähig sind. Sie erhalten bei der Anwerbung 60 Kronen, die gewöhnlich noch ehe der Soldat seinen Bestimmungsort erreicht, verbraucht sind. Er muß dann von seinem Sold, der 15 Cts. (65 Pf.) täglich beträgt, einem Pfund Brot und dem ihm gereichten Mittagessen leben. Das Meiste ist jedoch, daß die Soldaten einer barbarischen Strafgesetzgebung, die 200 Jahre alt ist, unterworfen sind. In Westindien wird noch die grausame Strafgesetzgebung in Verbindung mit 30 Tagen Gefängnis bei Wasser und Brot angewendet. Die Unglücklichen werden in einer dunklen Zelle 30 Tage lang eingesperrt! Wenn die 6 Jahre Dienstzeit vorbei sind, erhält der Soldat freie Heimreise und — 10 Kronen als Belohnung! Der Abgeordnete Zahl erklärte, ein solches System sei eines civilisirten Staates unwürdig und er verlangte vor Allem die Abschaffung der barbarischen Strafgesetze. Der Minister Hörring antwortete, man habe sich schon lange mit der Frage beschäftigt, und die Regierung werde Veranlassungen zur Abänderung der veralteten Strafgesetze treffen. Möchte es nur nicht zu lange dauern!

Spanien. In Salamanca veranstalteten ungefähr 3000 Personen eine Kundgebung und verlangten Brot und Arbeit. Die Manifestanten warfen gegen einige Häuser Steine, drangen in den Bahnhof ein und bemächtigten sich, wie „W. Z. B.“ meldet, einer Anzahl Säcke mit Getreide. Im spanischen Ministerrath wurde am Donnerstag über die Getreideveruerung beraten; es wurde beschlossen, den Eingangsoll für Getreide auf 6 Pesetas (1 Peseta gleich 80 Pf.) für das Hektoliter herabzusetzen, so lange der Preis des Getreides höher als 12.50 Pesetas für das Hektoliter ist.

Afrika. Eine bemerkenswerthe Rede hielt in den letzten Tagen des Februar der Präsident des Orange-Freistaats, Steyn. Er warnte die Bürger vor den Capitalisten, welche den Arbeitern das Blut ausjaugten. Im Transvaal schloß diese Art Capitalisten, wenn es nicht nach ihrem Willen ginge, einfach die Bergwerke. Das heißt weiter nichts, als dem Arbeiter das Brot aus dem Munde nehmen. Dann gäbe es da weiter nördlich einen großen Imperialisten (Rhodes), der unter dem Deckmantel der Menschenfreundlichkeit die Arbeiter in's Land rief, um die Sclaven für ihn zu spielen. Dieser große Imperialist habe um die Freundschaft der Arbeiter zu werben. Sein einziger Zweck sei, Geld zusammenzubringen. Jetzt sei dieser besagte Herr ein Ultra-Imperialist. Siehe man ihn nicht frei schalten und walten, so würde er morgen Republikaner sein. „Hier im Orange-Freistaat,“ sagte Steyn weiter, „hat dieser große Imperialist die Saat des Hasses gesät. Mit dem Nationalgefühl des Volkes hat er Schacher getrieben, und das Alles nur, um Reichthum zu erwerben. Gegen Capitalisten haben wir“

Asien. Japan hat, wie der Londoner „Daily Mail“ aus Wien telegraphisch, an das russische Ministerium des Auswärtigen eine Note gerichtet, welche eine sofortige und bestimmte Erklärung über die Frage der fortgesetzten Occupation von Port Arthur fordert.

Deutscher Reichstag.

Die Deckungsfrage in der Budgetcommission.

In der Budgetcommission des Reichstages wurde Sonnabend die Specialberatung der Flottenvorlage fortgesetzt und die am Donnerstag abgebrochene Verhandlung über die Deckung der Kosten wieder aufgenommen. Die Mitglieder des Centrums Dr. Lieber, Pring, Arenberg, Gröber und Müller-Fulda beantragten heute an Stelle des früher von Dr. Lieber vorgeschlagenen folgenden neuen Entwurfs: „Die durch dieses Gesetz verursachten Kosten dürfen nicht zu einer Erhöhung der ordentlichen Matrixulbeiträge, oder einer Vermehrung der Anwartschaften des Reiches, oder einer Unterbrechung der Schuldenentlastung führen. Vielmehr wird erforderlichen Falls, soweit die Summe der etatsmäßigen fortdauernden und einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung für ein Rechnungsjahr die Höhe von 117,525,494 Mark übersteigt, der Mehrbetrag durch außerordentliche Matrixulbeiträge gedeckt. I. Die außerordentlichen Matrixulbeiträge werden durch landesgesetzlich zu erlassende Zuschläge zu den directen Steuern aufgebracht, wobei die unteren und mittleren Steuerstufen freizulassen sind. II. So lange die landesgesetzliche Regelung in einem Bundesstaate nicht erfolgt, gelten für denselben nachstehende Bestimmungen: 1. In denjenigen Bundesstaaten, welche eine allgemeine Einkommensteuer besitzen, wird die Zuschlagsteuer von allen Einkommen von 10,000 Mark und mehr ... Der Einkommensteuereinzugsbeitrag von 10,000 bis 30,000 Mark 0,25 Mark; von 30,000 bis 100,000 Mark 0,50 Mark; von 100,000 bis 200,000 Mark 0,75 Mark; von 200,000 Mark und mehr 1. — Mark. — Durch das Reichshaushaltsgesetz wird bestimmt, wie viele Male dieser Einkommensteuereinzugsbeitrag erhoben werden soll. Für die Veranlagung und Erhebung der Zuschlagsteuer sind die landesrechtlichen Vorschriften über Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuer maßgebend. 2. In denjenigen Bundesstaaten, welche eine allgemeine Einkommensteuer nicht besitzen, sind sinngemäße Zuschläge zu den höheren Steuerbeträgen zu erheben. Die Regelung der in vorstehendem Abhänge bezeichneten Zuschläge, sowie deren Veranlagung und Erhebung erfolgt im Landesgesetzwege. 3. Soweit in einem oder dem anderen Staate auch die im Ziffer 2 bezeichneten Zuschlagsteuern nicht erhoben werden können, werden die außerordentlichen Matrixulbeiträge wie die ordentlichen aufgebracht.“ Abg. Richter hat zur Deckung vom 1. April 1893 an eine Vermögenssteuer von allen Vermögen von 100,000 Mark ab und darüber beantragt. (Der Antrag ist bereits durch die „Freie Ztg.“ veröffentlicht.) — Zur Diskussion hat zunächst der Antrag Müller-Fulda, die Steuer bereits ab dem nächsten Jahre, also bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1904 wie die Regierungsvorlage (sagt) fertig zu stellen. Nachdem sich Staatssecretär Tirpitz mit dem Vorschlage einverstanden erklärt und Abg. v. Bennigsen ihn bekräftigt, Abg. Richter ihn bekämpft hat, wird der Antrag gegen die Stimmen der Freie Volkspartei und der Socialdemokraten angenommen. — Bevor die Commission nun die Deckungsfrage erörtert, spricht Staatssecretär Graf Posadowsky im Namen des Reichstages, die Entscheidung über diese Frage bis zur zweiten Lesung zurückzustellen. Die gestellten Anträge greifen tief in die Rechte der Einzelstaaten, und der Reichstag müsse sich daher zunächst mit demselben hierüber in Verbindung setzen. Die Mehrheit der Commission entscheidet sich indessen für sofortige Behandlung der Deckungsfrage, um, wie Abg. Gröber ausführt, nach Möglichkeit die Situation zu klären. — Abg. Richter empfiehlt in erster Linie seinen Antrag, der bedeutende Vorrath vor dem Lieber'schen Entwurf. Eine solche Resolution zu fassen, habe jedenfalls gar keinen Zweck; es müsse geschäftlich festgestellt werden, wie die neuen Mittel beschafft werden sollen. Sein Antrag löse den Steuervorschlag los von den Mehrheiten für die Marine; die neuen Steuerbeträge können also auch zur Aufhebung oder Herabsetzung von indirecten Steuern verwendet werden. Der Antrag Lieber greife tief in die Rechte der Einzelstaaten und in das föderative Prinzip ein, während sein Antrag sich streng im Rahmen der Verfassung halte. Was verheißt der Abg. Lieber unter mittleren und unteren Steuerstufen? Diese seien in den einzelnen Bundesstaaten grundverschieden. Bei seinem Vorschlag würden nur die 100 Steuerpflichtigen in Betracht kommen. Nach dem Lieber'schen Vorschlage schreite die Progression der Steuerstufe im Verhältnis von 1 zu 4 fort. Die Veranlagung zu der preussischen Ergänzungsteuer habe zu keinerlei Beschwerden geführt; eine Vermögenssteuer würde auch nur alle drei Jahre festgesetzt zu werden. Obwohl Lieber in erster Linie seinen Antrag aufrecht erhält, erklärt er sich schließlich doch eventuell bereit, auch den Lieber'schen Vorschlag zu unterstützen, falls für seinen eigenen Antrag keine Mehrheit zu erlangen sei. — Abg. Gröber: Das Centrum sei gegen jede Verletzung der indirecten Steuern, welche vornehmlich die ärmeren Klassen treffen. Nach einer Berechnung des Prof. Neumann in Göttingen kommen bereits jetzt auf ein Einkommen unter 800 Mk. 10 Procent indirecte Steuern. Was die von Richter vorgeschlagene Vermögenssteuer anlangt, so habe sie mit dem Flottenantrag sich nicht zu thun. Zudem bestände eine Vermögenssteuer nur in wenigen Staaten, die Einkommensteuer dagegen in den meisten Bundesstaaten. Sei es schon bedenklich, eine ganz neue Steuer einzuführen, so würde die Vermögenssteuer noch ganz besondere Schwierigkeiten bieten. Der neue Antrag Lieber habe auch den Vorzug, daß die Schuldentilgung darunter nicht leidet. — Staatssecretär Graf Posadowsky erklärt sich gegen die gestellten Anträge, die keinen gangbaren Weg zur Deckung bieten. Die Einführung einer Reichseinkommensteuer dürfe nicht nebenbei und gelegentlich bei Regelung einer anderen Frage vorgeschrieben werden. Uebrigens halte er es für seine Pflicht, den früheren Reichstagler, Grafen Caprivi, gegen den Vorwurf zu vermahnen, daß er mit irgend welcher Zulage, die er bei Veranlagung der einmaligen Militärvorlage gegeben sich in Widerspruch gesetzt habe. — Abg. v. Bennigsen: Man könne den Einzelstaaten keine bestimmten Vorschriften machen über die Art, wie sie ihre Steuern erheben wollen. Das wäre ein Schritt zum Einheitsstaat. Die Commission könne hier ihre Meinung nur in Form einer Resolution ausdrücken. Rechner beantragt schließlich für § 9 folgende Fassung: „Soweit die Summe der fortdauernden und der einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung für ein Rechnungsjahr die Höhe von 117,525,494 Mk. übersteigt, und die dem Reich zuzurechnenden Ausgaben zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen, darf der Mehrbetrag nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirecten Steuern aufgebracht werden.“ — Nachdem Abg. Dr. Lieber den Bescheid des Abg. v. Bennigsen entgegengetreten, wird die übliche Deckungspause gemacht.

Opposition die Waffe aus der Hand gewunden werden, und das sei doch das Schicksal der Eblen werth! Auf diesem Wege könne es vielleicht gelingen, ein Duzend Socialdemokraten aus dem Reichstage zu entfernen; andernfalls kommen vielleicht noch mehr von uns hinein. Sehr komisch war es heute, Herr von Bennigsen auf einmal als eifrigen Sozialisten zu sehen. Die Resolution Hammacher habe gar keinen praktischen Werth. Nicht alle Wege führen nach Rom, manche vielmehr im Gegentheil in den Sumpf. Der einzig praktische, gangbare Weg sei durch den Antrag der Socialdemokraten gegeben. Abg. v. Bennigsen bemerkt Bebel gegenüber, er sei von jeher ein entschiedener Gegner des Anheilsstaats gewesen. Wenn Bebel im Stande sei, ihm eine gegenständige Ausrufung nachzuweisen, sei er bereit, eine hohe Prämie zu zahlen. Abg. von Kardorff bemerkt, der Antrag Bebel sei überhaupt nicht ernst zu nehmen und nur gestellt, um das ganze Flottengesetz zu Fall zu bringen. Wenn die Regierung mit dem Antrage von Bennigsen einverstanden sei, sei er bereit für den Antrag zu stimmen. Abg. Gröber: Die Verhandlung habe erwiesen, daß es nicht überflüssig war, die Discussion fortzusetzen. Auch der Mittelstand bedürfte der Schonung im wirtschaftlichen Kampf. Die beste Formulierung für den Antrag Lieber werde sich schon finden lassen. Abg. Singer: Bei gutem Willen würde die Schwierigkeit einer richtigen Formulierung sich nicht so groß erweisen. Die Popularität des Flottengesetzes wird durch die Lieber'schen Vorschläge nicht zunehmen, eher die Gleichgültigkeit. — Damit ist die Discussion geschlossen und zugleich die erste Beratung der Flottenvorlage. Die Abstimmung über die Deckungsfrage wird bis zur zweiten Beratung ausgesetzt. Vor Eintritt in die zweite Beratung soll der Marineetat erledigt werden. Die nächste Sitzung der Commission ist auf Dienstag anberaumt.

Partei-Angelegenheiten.

Bei der Gemeindevahl in Adichstern (in der Nähe von Frankfurt a. M.) sind in der dritten Klasse die Arbeitercandidaten mit 43 Stimmen gewählt worden. Das sind trotz der öffentlichen Stimmenabgabe genau so viel Stimmen, wie unsere Partei bei der letzten Reichstagswahl erhielt. Also es geht ganz gut!

Einem grobkörnigen Erfolg haben unsere Genossen bei der in Trotha bei Halle stattgefundenen Gemeindevahl zu verzeichnen. Während bei der letzten Wahl dies 15 Stimmen auf unseren Candidaten entfielen, vereinigte der von uns aufgestellte Genosse Wilhelm Bause 108 Stimmen. Genosse Bause kommt in die Stichwahl.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen angeblicher Herabwürdigung des kaiserlichen Geburtstages ist gegen den Pastor Zerlang in Holsbüll (Nord-Schleswig) beim Consistorium zu Kiel eine Denunciation eingereicht worden. Pastor Zerlang wurde vom Vorsitzenden des Kriegervereins zu Holsbüll gelegentlich der letzten Kaiser-Geburtstagsfeier ersucht, einen Festgottesdienst abzuhalten. Der genannte Geistliche erklärte auch seine Bereitwilligkeit hierzu, knüpfte jedoch daran die Bedingung, daß die Mitglieder des Kriegervereins nach dem Gottesdienste sich jeglichen Trinkgelages resp. Tanzbelustigungen und Kartenspiels enthalten sollten. Da sich der Kriegerverein auf diese Bedingung nicht einlassen wollte, zerbrach sich die Sache. Nunmehr wurde in der Weigerung des Pastors Z., einen Festgottesdienst bedingungslos abzuhalten, eine Herabwürdigung des kaiserlichen Geburtstages erblickt, was die oben erwähnte Denunciation des Geistlichen bei seiner vorgesetzten Behörde zur Folge hatte. Auf den Ausgang dieser eigenartigen Angelegenheit ist man in den beteiligten Kreisen sehr gespannt.

Der Handarbeiter Ernst Couard Kunath, der sich zur Zeit in der Bezirksanstalt Saalhausen befindet, soll den König von Sachsen mehrfach beleidigt haben. Der Angeklagte wird in geheimer Sitzung vom Landgericht Dresden zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Am 24. Februar verurtheilte das Landgericht Meiningen den Glasarbeiter Theodor Gerler aus Hilburgshausen wegen Beleidigung des deutschen Kaisers zu sechs Monaten Gefängnis. Gerler hatte in einer Wirthschaft zu Walltrabs, in Gegenwart des Landwirthes Baumann sowie eines Unteroffiziers der Hilburgshausener Garnison, über den kaiserlichen Hofhalt sich abfällig geäußert. Erst nach seiner Verurtheilung stoh Gerler in die Schweiz.

Die Strafkammer in Jena verurtheilte den Schlichtermeister J. Hübner aus Aupa in Böhmen wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängnis.

Aus aller Welt.

Ein Großstadtbild. Ein an der Schlei aus dem Landwehrkanal in Berlin als Leiche ans Land gebrachte Knabe ist als der 2 Jahre alte Sohn einer Arbeiterwitwe festgestellt worden. Ihr Mann hatte sich am 14. December durch einen Eisenbahnzug überfahren lassen. Die Witwe lebte als Aufwärterin in den dürftigsten Verhältnissen und war zum Theil auf Almosen angewiesen. Es ist anzunehmen, daß sie sich zusammen mit ihren beiden Kindern im Alter von 2 und 8 Jahren ertränkt hat. Nach ihrer Leiche und der des 8jährigen Knaben wird noch gesucht.

Ein plötzliches ausbrechender Sturm überraschte in der Nacht zum Sonnabend die Nachsutter-Flottille aus Memel auf See. Vier Kutter wurden an den Strand geworfen, andere sind schwer beschädigt. Mehr Fischer sind ertrunken; sechs werden noch termirt.

Ein Wahlvereinsammlungs-Diffidat ist für Sachsen, wo die Polizei so anständig über das „Wohlergehen“ der Staatsbürger wacht, notwendig geworden, und so beabsichtigen die Genossen im 15. sächsischen Reichstagswahlkreis für die kommende Wahl ein zusammenlegbares Diffidat anzuschaffen. Das Diffidat wird so gebaut sein, daß es nicht nur allen politischen Ansprüchen, die an ein solches „Mittel“ gestellt werden können, genügt, sondern auch derart konstruirt, daß es ganz bequem unter dem Arm getragen werden kann und sehr leicht aufstellbar ist. Das Diffidat soll dort verwendet werden, wo Versammlungen wegen mangelnder „Bischofseinrichtungen“ nicht genehmigt werden. Selbstverständlich wird dieses interessante Stück „Wohler“ jedem Orte, wo seine Anwesenheit sich notwendig macht, überlassen.

Ein Raubmordversuch ist in München verübt worden. Ein 20jähriger Diener wurde erst neunzehn Stunden nach dem Mord mit tödtlichen Wunden aufgefunden. Der Mörder ist in der Person eines nicht ins Haus gehörigen 21jährigen Pferdebuchhändlers entdeckt, verhaftet und gefänglich.

Ein Brudermord ist in Kiew verübt worden. Am 22. Februar traf der Oberst des Generalstabs Gerasimow, gegen 9 Uhr Abends mit seinem Bruder auf dem Bahnhof ein, um seinen Sohn zu empfangen. Nachdem dieser angekommen war, begaben sich alle drei in den Speiseaal der ersten Klasse, wo sie über tranken. Zwischen den Brüdern herrschte seit langer Zeit ein gespanntes Verhältniß, das in letzter Zeit sich noch verschlimmert hatte. Als nun der Bruder des Obersten diesen um Geld bat, rieth ihm der Oberst, er solle lieber Hausrecht werden. Der ergrütete Bruder zog sofort

vor den Augen des anwesenden Publikums einen Revolver aus der Tasche und gab drei Schüsse auf den Obersten ab, denen er bald erlag.

In der Gemeinde Albano bei Salerno brach am Freitag, als von der Gemeindeverwaltung Brot an die Armen verteilt wurde, der Fußboden des Saales ein, in dem die Verteilung stattfand. Zwei Frauen wurden getödtet und etwa dreißig Personen schwer verletzt.

Von heiligen Erdbeben ist in der Nacht zum Sonnabend Italien heimgekehrt worden. In Verona wurden zwei Erdbebe verspürt. Besonders heftig wurde der eine in Parma, Reggio-Emilia, Placenza, Gestoia und Chiavari wahrgenommen. Er machte sich in Modena, Cremona, Rovigo, Padua und Florenz weniger stark bemerkbar. Die seismographischen Instrumente in Rom, Siena und auf Ischia zeigten den Erdstoß an.

Ein Kirchenraub ist in Florenz nach dem „Berl. Tagebl.“ verübt worden. Die Mariastatue wurde von unbekanntem Dieben ausgeraubt. Der Zeitung „Messaggero“ zufolge sollen Pretorien im Werthe von einer halben Million Lire verschwunden sein.

Ein Palast für Emile Zola. Der reiche Amerikaner Russell Peabody, der Besitzer des historischen Palastes der Costanzi in Venedig, hat dieses herrliche Heim Emile Zola für den Fall angeboten, daß der große Romanerler Frankreich verlässt und sich in Venedig niederlassen wollte.

Ein Orkan zerstörte in Batabano auf Sabana die Kaserne und das Hospital; dabei wurden 9 Soldaten getödtet und 39 verwundet.

Ein Cyclon hat die Insel Mayotte am Eingange des Canals von Mozambique in der Nacht zum 28. Februar verheert und erheblichen Schaden angerichtet. Zahlreiche Menschen sind um's Leben gekommen.

In Persien herrscht seit Ende Februar fürchterliches Unwetter. Die große Straße von Rescht und Teheran ist unpassbar, da die Pässe in den Bergen zugeschnitten sind. Ueber 100 Menschen sollen umgekommen sein. Viele werden außerdem ermordet. Seit einem Menschenalter hat man in Persien nicht ein so fürchterliches Wetter erlebt.

Lokales und Provinziales.

Dresden, den 7. März 1893.

* Mit der Straßenbahnfrage beschäftigt sich noch einmal die „Dresdener Ztg.“ in ihrer gestrigen Nummer. Nachdem die gegenwärtige Situation noch des Näheren dargelegt worden ist, heißt es dann weiter: Fragen wir nun einmal, welche Trümpfe hat die Pferdebahngesellschaft der Stadt gegenüber überhaupt in der Hand? Es sind deren im Wesentlichen drei. Einmal ein bestehender und noch für die nächsten 7—8 Jahre gültiger Vertrag, der der Gesellschaft für diese Zeit in gewissem Umfange ein Verkehrsmonopol sichert; zweitens der lebhafteste Wunsch einzelner Stadttheile, neue Pferdebahnlinien zu erhalten und nun drittens und letztes — es klingt zwar sehr paradox, aber es muß ausgesprochen werden — die Unzulänglichkeit der eigenen Verwaltung der Pferdebahngesellschaft und der darüber bestehende Unwille im Publikum.

Dieser letzte Punkt ist in der That der Hauptpunkt. Denn darüber sind alle Leute einig, daß die von unserer Pferdebahngesellschaft betriebene Verwaltung fast unerträglich ist. Man fahre nur einmal, fagen wir z. B. von dem Griesenau-Platz nach dem Oberschlesischen Bahnhof. Zunächst muß man bei der geringen Zahl der Wagen, die in Verkehr sind, eine ganze Weile warten, wenn man nicht besonderes Glück hat. Ist man alsdann glücklich eingestiegen, so wird man in dem Wagen gerüttelt und geschüttelt, als sei es darauf abgesehen, die Passagiere krank zu machen, und das geschieht trotz des überaus langsamen Fahrtempo, das mehr für Leichenwagen als für den Personentransport einer Großstadt berechnet zu sein scheint, in der der Satz gilt: Zeit ist Geld. Aber damit nicht genug. Wenn das bekannte Berliner Volkslied so schön sagt „Und alle fünf Minuten bleibt die Karre stehen“, so ist das für unsere Pferdebahn eine stark optimistische Uebertreibung. Sie hält nicht nur an den Haltestellen, sondern außerdem noch an zahlreichen Punkten auf dem Ausweichgleise, um den auf den eingleisigen Strecken entgegenkommenden Wagen abzuwarten. Das ist dann ein Aufenthalt, der nicht nur einen Augenblick in Anspruch nimmt, wie an den Haltestellen, sondern der oft minutenlang dauert und selbstverständlich jedes Mal den lebhaftesten Unwillen des Publikums hervorruft. Daß ein derartiger Betrieb geradezu ein Kreuz für den Verkehr ist, und daß Jedermann wünscht, solche Zustände jeitigt zu sehen, bedarf keiner Ausführung. Dieses Moment aber ist, wie schon ausgeführt, der Hauptstützpunkt für unsere Pferdebahngesellschaft, die sich anscheinend logischer Weise etwa folgendes sagt: Das unter unserer Verwaltung stehende Verkehrsunternehmen ist so miserabel, daß das Publikum es nicht länger ertragen will, ergo muß die Stadt alles thun, um hier Wandel zu schaffen, ergo brauchen wir in dem neu abzuschließenden Vertrage auf keine Bedingung einzugehen, die uns nicht genehm ist. Der Unwille des Publikums wird die städtischen Körperschaften schon zwingen, mit uns handelsseins zu werden.

Die „Dresd. Zeitung“ meint, daß diese Argumentation nicht unbedingt richtig sei. Denn nach dem bisherigen Verhalten der Straßenbahn-Verwaltung könne man auch auf keine bedeutenden Reformen in Zukunft mit Bestimmtheit rechnen. Weiter heißt es: Es wird also Niemand veracht werden können, wenn er wenigstens einige Zweifel hegt, ob es richtig ist, mit dieser Gesellschaft einen so langfristigen Vertrag überhaupt abzuschließen. Zum Mindesten aber wird man wünschen müssen, daß in dem neuen Vertrage Garantien dafür geschaffen werden, daß das Publikum einer Erwerbsgesellschaft nicht mehr derartig auf Gnade und Ungnade überlassen ist, wie heut zu Tage. — Zum Schluß führt das Blatt aus:

Bei dieser Gesamtlage der Dinge wird man nur wünschen können, daß seitens der Stadt das städtische Interesse mit aller Ruhe und Entschiedenheit wahrgenommen werde, daß man aber andererseits nur solche Bedingungen in den Vertragsentwurf aufnimmt, die, wenn sie in Vollständigkeit zur Veröffentlichung kommen, in jedem Punkte auch dem großen Publikum als recht und billig angesehen werden. Dann mag sich die Pferdebahngesellschaft zu diesem Vertrage stellen, wie sie will, die städtischen Behörden werden alsdann in ihren Befugnissen einmüthig sein und können mit Sicherheit darauf rechnen, daß die Bürgererschaft hinter sich zu haben. —

Nachdem alle dem höchsten wir an eine Verbesserung unserer städtischen Verkehrsmittel noch lange nicht denken.

Neueste Nachrichten.

Wien, 6. März. Kaiser Franz Josef hat die Demission des gesammten Ministeriums Gutsch angenommen... Paris, 6. März. Oberst Picquart verurtheilt... Madrid, 6. März. Der Minister des Aeußern zeigte den amerikanischen Gesandten Woodford an, die spanische Regierung wuensche, das der amerikanische Generalconsul in Havana, F. C. abberufen und die Kriegsschiffe vor Cuba durch Handelschiffe ersetzt werden...

Landesamtliche Nachrichten.

Geburten. I. Maschinenwaerter Carl Deutschmann, kath. S. - Buchhalter Franz Maronne, kath. L. - Arbeiter Moiss Neumann, kath. L. - Eisenbohrer Carl Moener, ev. L. - Kuttcher Simon Kramers, kath. L. - Fleischer Oswald Langner, ev. L. - Maler Hermann Friedrich, ev. L. - Straßensbahnkuttcher Wilhelm Verhmann, ev. S. - Arbeiter Friedrich Kähler, ev. S. - Tischler Carl Köhler, ev. L. - Schlosser Hermann Schmidt, ev. L. - D. Motorwagenfuhrer Josef Scheunert, kath. L. - Ofenbaumeister Paul Böhm, ev. L. - Fleischer Carl Ebert, ev. S. - Mangler Heinrich Blase, ev. S. - Kuttcher Josef Herrmann, kath. S. - Fleischer Georg Sawagki, ev. L. - Schlosser Richard Hoff, ev. L. - III. Zimmermann Wilhelm Funke, ev. L. - Tischler Hermann Scholz, ev. S. - Lehrer Gustav Baigler, ev. L. - Schneidermeister Carl Kersch, ev. S. - Bäcker Gustav Böhm, ev. L. - Arbeiter Paul Herrmann, ev. S. - Drechselbesitzer Paul Lindner, ev. S. - Maurer Robert Kruppig, ev. L. - Tapezierer und Decorateur Carl Hellmuth, S. Sohn.

Todesfälle. I. Arbeiter August Meiner, 78 J. - Dienstmädchen Auguste Bruchnik, 17 J. - Eufriede, T. des Hausbauers Hugo Richter, 6 Wochen. - Johanna, T. des Kellners Stanislaus Stadeweska, 5 Wochen. - Schuubmachersfrau Marie Gärtner, geb. Kintz, 26 J. - Fögling Carl Hoffmann, 16 J. - Walker, S. d. Tapezierers Carl Hallze, 1 J. - Richard, S. des Kuttchers Richard Erbert, 6 W. - Schmiedemeisterswitwe Christiane Schmidt, geb. Teichmann, 70 J. - Handfuhrmachers Oscar Bieler, 39 J. - Hausbälter Theodor Balm, 76 J. - Margarethe, T. des Steinmeyers Paul Reuge, 19 Tage. - Alfred, S. des Arbeiters Hermann Wurm, 4 Mon. - Kuttcherwitwe Christiane Kupke, geb. Bieler, 45 J. - III. Gigaettenarbeiterin Verba R. v. 21 J. - Maurer Josef Walter, 46 J. - Tischlerlehrling Robert Fiedler, 17 J. - Schlosserfrau Helene Schwenne, geb. Perschke, 60 J. - Marthe, T. des Schuubmachers Gotfried Franz, 4 Wochen.

Quittung. Von R. T. 10 Mark für die Wahl im Landkreise Breslau und 10 Mark für die Wahl im Siegnitzer Kreise empfangen. Die Redaction.

Briefkasten. H. H. Langensils. Erniedrigt Jemand seinen Grund vor Boden durch Anlegung eines Grabens oder sonst, so muß ein Abstand von 3 Fuß breit gegen die benachbarte Vergärung stehen bleiben. (Allgem. Landrecht, I. Theil, S. Titel, § 187.)

* Nach ein Kämpfer gegen den „Umschwung“. Der „Ober-schleffische Anzeiger“ schreibt: „Der Fastenhirtenbrief des Fürstbischofs Cohn in Olmütz preißt den Glauben als die feste Stütze gegen alle Umsturzbestrebungen und fordert in schöner Sprache zum Festhalten an denselben, sowie zur Bekämpfung verderblicher socialis-tischer Theorien auf.“ Wir sind der Ueberzeugung, daß auch die schönste Sprache den socialistischen Theorien keinen Abbruch zu thun im Stande ist.

* Eine überaus koste Organisation stellt der deutsche Lehrerverein dar. Derselbe zählte nach der „Breslauer Ztg.“ am 1. Januar 1898 72,549 Mitglieder, gegen 65,010 bei Beginn des Jahres 1897. Dieser große Zuwachs erfolgte durch den endlichen Eintritt des Lehrervereins Sachsen (Königreich). Der deutsche Lehrerverein umfaßt nunmehr alle deutsche Staaten bis auf Bayern und Elsaß-Lothringen. Dem Lehrerverein des Königreichs Bayern hindern übrigens nur Bestimmungen des bayerischen Vereinsgesetzes am Beitritt, sonst wäre derselbe schon erfolgt. Die Arbeiter können sich hieran ein nachahmenswerthes Beispiel nehmen. Man darf wohl mit Recht behaupten, daß die endlich erfolgte Vervollständigung der Lehrervereinigung die Tätigkeit zurück zu führen ist, die eine so vor-zügliche Organisation entfalten kann.

* Auswechslungsräume für Bahnarbeiter. Auf vielen Bahnhöfen und auf den freien Strecken sind in beträchtlicher Zahl alte Wagenkästen auf den Bahnhöfen zur Gewinnung von Räumen für untergeordnete Zwecke der Stationsverwaltung und für den Aufenthalt von Wagenmeistern, Bahnhof- und Streckenarbeitern, auf den freien Strecken als Unterkunftsräume für Streckenarbeiter aufgestellt. Diese Wagenkästen sollen jetzt durch andere Einrichtungen ersetzt werden. In einer diesbezüglichen Verordnung der k. k. Eisenbahndirektion heißt es u. A.: „Auf den Bahnhöfen werden daher - je es in Form von Neubauten an bestehende Gebäude, sei es in Form besonderer Neubauten - geschlossene Bauwerke zu errichten sein, welche den Weiterbestand der Wagenkästen ersetzen; auf den freien Strecken werden zur Unterkunft der Kottenarbeiter während der Arbeitspausen besondere kleine, einfache Gebäude mit Rücksicht auf eine in etwa 1,0 bis 1,50 Kilometer Entfernung von einander errichtet werden müssen, soweit nicht die bestehenden Wäckerbuden auf den Hauptbahnen diesem Zweck dienen können. Wenn auch die Ausführung des hier beregten Planes große Auf-wendungen erfordert, so wird darauf hingewiesen, daß einerseits die zahlreicheren und zum Teil dem Verfall nahe Wagenkästen die Bahnanlagen verunreinigen und, soweit sie z. B. zum Aufenthalt von Menschen dienen, diesem Zweck nicht entsprechen. Die Herstellung von Neubauten für Arbeiter-Unterkunftsräume entspricht dem Sinne des Erlasses des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 26. November 1897.“

* Socialdemokratischer Verein. Die Tagesord-nung der heute Abend stattfindenden Versammlung lautet: „Socialdemokratie und ethische Bewe-gung“. Die Genossen werden um pünktliches Erscheinen ersucht.

* Zur Strife in der Handschuhbranche. In dem hiesigen Exportgeschäft von W. Jungmann in Hirschlich sammelten Hand-schuhmachern getündigt worden; etwa 50 Mann verlierten dadurch ihre Stellung.

* Ein frecher Heberial wurde gestern früh gegen eine Wirthschafterin in dem Hause Friedrichstraße 90 verübt. In Folge Klingelns der Glocke am Entree hatte die Wirthschafterin am Entree hatte die Wirthschafterin eben die Thür geöffnet, da trat ihr ein etwa 28 Jahre altes Mädchen entgegen und bennete ihr mit einem Hammer, der in der Rechten eingehalten war, einen wüthigen Hieb auf die Stirn. Die Wirthschafterin suchte die Angreiferin ab-zuwehren und dabei kam es zu einem Handgemenge, bei welchem die Ueberfallene dem Mädchen den Hammer entzog. Schließlich mußte die Wirthschafterin, da ihr das Blut über die Augen lief, das Mädchen loslassen. Als nun auf die Hilfe der Wohnungsinhaberin herbeigelaufen, ergriß die Fremde die Flucht. Man glaubt, daß der Heberial als ein Act der Rache anzusehen ist. Die Ver-lezungen der Wirthschafterin sind nicht lebensgefährlich.

* Zellerfammlungen, welche allein oder in erster Linie den Zweck haben, die Aender einer Versammlung zu befehlen, werden, wie die „Schleier Ztg.“ mittheilt, von dem Oberpräsidenten in neuester Zeit prinzipiell nicht mehr genehmigt. Für weitere Versammlungen ist diese Genehmigung bedeutungslos, da in denselben Zellerfammlungen schon seit Jahren nicht mehr vorgenommen wurden.

* Verhafteter Falschmünzer. Einer der Falschmünzer, die in letzter Zeit so viel falsches Geld in Umlauf gebracht haben, ist durch die Criminalpolizei festgenommen worden. Es ist der Straß-macher Max Sehnert, welcher Stralsunderstraße 38 wohnt. Auf seine Spur wurde man durch eine weibliche Person geleitet, der vor-erzogen Tagen in einer Kellerei auf der Smogstraße fünf falsche

Zehnpfennigstücke weggenommen worden waren. Bei einer späteren Vernehmung vermochte die Frau genau anzugeben, daß sie die Geldstücke dem Lehnert erhalten. Als nun am Sonntag Vormittag Criminalbeamte in Sehnert's Wohnung erschienen, verlegte er sich Anfangs aufs Beugnen, mooson er aber bald absteifen mußte, da im Ofen versteckt zwei Gold-formen sowie Kupföfel und Metall vorgefunden wurden. Die beiden Formen sind zur Herstellung von Zehnpfennigstücken und Zweimarkstücken eingerichtet. Sehnert giebt die Herstellung solcher Falschstücke zu, bestritt dagegen die Anfertigung der Ein-markstücke. Der Verfertiger derselben dürfte ihm aber wohl nicht unbekannt sein. Das Material zu der Anfertigung der Falschstücke, welches aus einer Mischung von Blei und Zinn besteht, will Sehnert auf dem Märkischen Bahnhof gestohlen haben. Die Formen und das Material wurden beschlagnahmt. Das falsche Geld hat er selbst in den Verkehr gebracht.

* Verloren wurden: drei Portemonnaies mit 4, bezw. 5 und 15 Mark, eine silberne Damenuhr mit einer goldenen Kette mit Quaste, eine goldene Brosche, eine goldene Kette mit Saphir in Form eines Carabiners, ein goldener Anzeiger mit zwei weißen Steinen und einem blauen Stein, ein goldener Studentenkeitel und zwei Universitäts-Einschreibebücher auf die Namen Keiler bezw. Sehlhorst lautend.

* Gefunden wurden: ein Portemonnaie mit Inhalt, ein goldener Anzeiger, eine Blüschdecke, eine Knabenmütze und ein Spazierstock.

* Aus dem Fenster gekürzt. Am 4. d. Mts. Nachmittags kürzte die 9 Jahre alte Tochter eines auf der Augustastrasse wohnen-den Secretärs aus einem Fenster des 2. Stockes auf die Straße hinab und erlitt Brüche beider Arme.

* Arbeiterriffe. Ein Arbeiter wurde am 25. v. Mts. in einem Gehöft an der Ohlauer Chaussee durch eine Comy heftig an der Brust geaueticht. Der Verunglückte, welcher in das Kranken-institut der Vorherzigen Brüder gebracht worden war, ist am 3. d. d. Mts. in Folge einer schweren Lungenentzündung verstorben.

Ein Arbeiter fiel in einem Walde von einem hohen Baume herab und brach den linken Arm. - In einer Spinnerei stürzte ein Mann von aufgeschlagenen Ballen herunter und brach den rechten Arm. - Ein Arbeiter wurde durch einen Wagen an eine Mauer gedrückt und erlitt Querschwunden. - Einem Knaben fiel ein Brett mit solcher Wucht auf den Kopf, daß er einen Schädelbruch erlitt. Die Ver-unglückten fanden im Krankenhaus der Vorherzigen Brüder Aufnahme.

* Verhaftung einer Marktdiebin. Auf dem Ringe wurde Sonnabend Vormittag eine 12 Jahre alte, schon oft vorbestrafte Marktdiebin auf frischer That abgefaßt und sofort in das Polize-gefängnis abgeführt.

* Unglücksfall. Der Wagnereimer Adolf Holzer, welcher Geberberg 161 wohnt, hatte gestern an dem Reithau Friedrichs-straße 20 noch verschiedene Arten auszuführen und stand auf einem in der Höhe des dritten Stockwerks befindlichen Hängegerüst. Plötzlich rutschte er von dem Gerüst, an welchem dieses Gerüst hing und der Mann stürzte auf die Straße hinab, wo er entsetzt liegen blieb. Die Verleete wurde in die Reichenhülle des geistlichen St. Hart-laschhofes gebracht.

* W. Mikalowski 55, 5. März. Eine freche That begangen gestern bei ein Genarm und der Amtsverleier. Durch ein deminationstüchtiges Individuum hatte jener gehört, daß der Colporteur des „Gornit“, F. H. Lukaszyk aus Domb, im Dorre wolle. Als gute „Fräule“ verschaffte er ihn und führte ihn zum Amt. Hier wurde er eingesperrt und über Nacht gehalten, im Amtsgefängnis nachgelassen. Die Zeitung und die Legitimation wurden ihm abgenommen. Am nächsten Morgen sollte er ins Gerichtsgefängnis nach Beuten marschieren werden, da hörte der Amtsverleier von der Sache. Diese letzte endlich ein: Die Zeitung und die Legitimation wurden dem Verhafteten zurückgegeben und er wurde sofort wieder in die „preussische Freiheit“ entlassen. So ist das Colportagegeschäft in Domben. Lukaszyk arbeitet trotz dieses Verdictes sehr ruhig weiter für den „Gornit“, was allerdings durch seine Verhaftung wohl kaum brachsigstig war. Vielleicht läßt man das Schicksal, wenn man einmal eingesehen haben wird, daß man sich dadurch nur Verräter schafft, die uns mehr nützen als die Verhaftungen haben können.

* Sonnwice, 5. März. Grabenbrand. Ueber den Brand in der „Sonnwice“ nach der „Dombel Wochenschrift“ folgendes: Auf dem den gürtelnden Gabelstange gehörigen „Sonn-wice“ ist gestern in einem Grabenbrande in Folge Unachtsamkeit ein Brand ausgebrochen, durch welchen 6 Mann den Tod fanden. Der Brand ist nicht gelöscht. Der Brand wurde nach kurzer Zeit gelöscht. Danach ist die Zahl der Opfer glücklich Weise nicht so hoch, als die ersten Nachrichten besagten.

Lobtheater. Stadttheater. Montag: „Halschütz“. Dienstag: „Johannes“.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater. Montag, Gruppe G, 4. Vorstellung: „Graf Wallenstein“.

Richard Walter. Am 4. d. Mts. erschiel nach längerem Leiden unter College der Zergschmied 3193.

Ida Beck, geb. Klose. Am 5. d. Mts. erschiel nach langem schweren in grosser Geduld ertragenen Leiden an der Prostata-Krankheit meine inniggeliebte Frau.

öffentliche Versammlung der Klempner und verwandten Berufe in Göttingen, Göttinger, Schützenstraße 12. Tages-Ordnung: 1. Der Kreis Göttingen. 2. Schützenstraße zum 10. Jahrestag. 3. Schützenstraße.

Geschäfts-Eröffnung. Mit dem heutigen Tage eröffne ich Schmiedstraße 30, Ecke Ursulinerstr. Uhren, Juwelen, Gold- u. Silberwaarengeschäft.

Richard Wöhler, Juwelier und Goldschmied, Schmiedstraße Nr. 30, Ecke Ursulinerstraße.

Neu eröffnet! Special-Geschäft für Herren- und Damen-Schneiderei-Bedarfs-Artikel. Hugo Heinrich, nur Schuhstraße 13, im Hause der Hübler'schen Wäschhandlung.

Diebe! Kramh Ngr. Am 4. d. Mts. wurde ein Kramh Ngr. von einem Diebe gestohlen. Die Diebe sind gesucht.

Glacé-Handschuhmacher. Dienstag, den 8. März 1898, Abends 7 1/2 Uhr. Öffentl. Versammlung in der Kaiserburg, Walbertstraße.

Seltenes Angebot! Wie alljährlich, habe ich auch in diesem Jahre einen großen Posten vorjähriger Herren- u. Knaben-Garderobe über die Hälfte des Preises heruntergesetzt und offerire: Sommer-Paleots 5,50 Mt. an, Kinder-Anzüge 2,00 „ „, Herren-Anzüge 8,00 „ „, Herren-Stoff-Beinkleider 2,50 „ „.

S. Hurtig, Breslau, Ohlauerstr. 84, I. Etg. (Eingang Schuhstraße).